

Neubaugebiet am Vossberg

Bereits länger ist ein Bebauungsplan am Voßberg in Kasseedorf in Vorbereitung. Hier sollen 28 Baugrundstücke mit bis zu zwei Wohneinheiten entstehen. Das Projekt ist voraussichtlich schwer umsetzbar, denn der Markt für Einfamilienhäuser ist derzeit durch hohe Baupreise und Zinsen weitgehend zum Erliegen gekommen.

Schätzungen gehen von ca. 11.000 LKW-Fahrten für die Erschließung des Baugebiets über den schmalen Voßberg aus. Mit unserer Forderung, dass zuvor eine Kostenübernahme des Bauträgers für einen Gehweg mit geschätzten Kosten von ca. 250.000 € an dieser Stelle nötig wäre, konnten wir uns bisher nicht durchsetzen. Klar ist: Die Gemeinde kann diese Kosten nicht übernehmen.

Gleichzeitig drohen die hier geplanten Wohneinheiten die absehbare weitere Ortsentwicklung etwa durch weiteren Ausbau im Bestand, Verdichtung und Lückenschlüsse auf Jahre im gesamten Gemeindegebiet zu blockieren, weil der Landesentwicklungsplan bis 2036 nur eine klar begrenzte Anzahl neuer Wohneinheiten in der gesamten Gemeinde zulässt.

Lückenschluss beim Radweg Kasseedorf - Zarnekau

Lensahn und Schönwalde haben an der L 57 vorgelegt, nun fehlt nur noch eine recht kleine Lücke in der wichtigen Rad- und Wanderroute von Eutin über Lensahn bis an die Ostsee bei Cismar. Leider ist dieses Stück im Wald sowohl besonders gefährlich für Radfahrer als auch kostenintensiv (geschätzt 3 Mio. €, selbst bei 75 % Förderung kaum zu stemmen) und mit erheblichen Eingriffen in den Waldbestand verbunden. Auch die alternative Route über Stendorf und den Marius-Böger-Weg ist durch den Schwerlastverkehr des Kieswerkes auf schmaler Asphaltdecke mit regelmäßig stark beschädigter Bankette nicht ausreichend sicher einzustufen.

Zum Ortstermin aller Fraktionen sind leider nur die vier Radfahrern der FuD erschienen. Wir haben sowohl das schwierige Gelände direkt an der L 57 in Augenschein genommen, als auch eine alternative und viel steigungsärmere Route auf bestehenden Wegen durch den Wald erkundet. Idee wäre, diese Wege durch eine wassergebundene Decke als Radroute zu ertüchtigen, was allerdings ein schmerzhafter Kompromiss mit regelmäßigen Kosten für die Pflege wäre. Auch gehört zu dieser Route, dass dann dringend auch die Gefahrensituation am Marius-Böger-Weg durch einen Radweg oder eine deutliche Verbreiterung der Asphaltdecke mit Radfahrstreifen entschärft werden muss.

Wir bedauern, dass dieser Radweg nicht gleichzeitig mit der Sanierung der L 57 umgesetzt wurde und dass unsere VorgängerInnen in der Politik es bei einem früheren Förderprogramm mit bis zu 100 % Förderquote leider unterlassen haben, die Umsetzung wenigstens zu versuchen.

Allein aus finanziellen Gründen wird die Umsetzung weitere Zeit kosten. Im Haushalt 2024 haben wir vorgeschlagen, anstelle der ursprünglich vorgesehenen 150.000 € für eine Planung nur 20.000 € für eine erste Untersuchung der verschiedenen Routen bereitzustellen.

Die FuD ist angetreten, die Interessen der Einwohner ernst zu nehmen und politisch zu vertreten. Das setzt aktiven Austausch voraus. Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die Ihre Anliegen in den Sitzungen mitteilen und auch sonst den Dialog mit den gewählten Gemeindevertretern suchen.

Auf unserer Homepage können Sie sich immer aktuell über unsere Arbeit informieren, Kontakt aufnehmen, selbst Mitglied der FuD werden, ggf. auch aktiv mitarbeiten.

Dort finden Sie auch Fotos sowie zahlreiche Presseartikel und weitere Dokumente zu diesem Text.



www.foerunsdoerp.de

För uns Dörp (FuD)

Wählergemeinschaft für Kasseedorf

im Januar 2024

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Wir wünschen Ihnen allen ein gutes Jahr 2024!



Gerne möchten wir Ihnen nach der ersten Einarbeitung in die Gemeindepolitik einen kleinen Zwischenbericht unserer bisherigen Arbeit geben. Seit dem Juni 2023 sind wir als Wählergemeinschaft „För uns Dörp“ (FuD) mit vier von 14 Sitzen fester Bestandteil der Gemeindevertretung Kasseedorf und stellen mit Kai Skalawski auch den stellvertretenden Bürgermeister.

Spannend waren die ersten Schritte, hatte doch niemand aus unserem Kreis zuvor Erfahrungen in der Gemeindepolitik gesammelt. Umfangreich sind natürlich die neu ergriffenen Aufgaben, neben der Gemeindevertretung waren auch die Ausschüsse und etliche weitere Gremien wie der Schulverband und der Amtsausschuss mit zu besetzen, wofür wir neben den GemeindevertreterInnen auch noch einige weitere wählbare Bürger zur aktiven Mitarbeit gewinnen konnten.

Eine tolle lebendige Gemeinde - und schwierige Rahmenbedingungen

Kasseedorf mit seinen lebendigen Dorfgemeinschaften, Vereinen, den drei Ortswehren und seiner vielfältigen und abwechslungsreichen Naturlandschaft ist lebenswert.

Die hohe und aktuell fortschreitende Verschuldung der Gemeinde – jeder Betrieb wäre schon lange insolvent – bereitet aber allen Gemeindevertreterinnen und –vertretern und auch der FuD große Sorgen: Wir sind nicht in der Lage, die laufenden Kosten durch die Einnahmen selber zu decken, auch regelmäßige Zuschüsse als Bedarfsgemeinde aus dem kommunalen Lastenausgleich können dies nur unzureichend ausgleichen. Neben einem sehr großen und im Unterhalt teuren Straßennetz ist hier der vorgeschriebene Bedarf von gleich drei Ortswehren zu nennen. Das Gebäude in Kasseedorf wurde vor kurzem aufwendig saniert und erweitert, die beiden anderen sind in die Jahre gekommen und den Anforderungen nicht mehr gewachsen, was Investitionen in Millionenhöhe erfordert. Nach der Erneuerung der L 57 müssen außerdem fünf Einleitungsstellen für die Oberflächenentwässerung ertüchtigt werden, die Kosten sind in kurzer Zeit mit ca. 300.000 € auf das Doppelte gestiegen.

Für 2024 ist wie bereits 2018 erneut mit Sparauflagen durch die Kommunalaufsicht zu rechnen, eventuell auch mit einer Haushaltssperre.

Unsinniger Streit um öffentliche Straßen in privatem Besitz

Ein Teil der finanziellen Probleme ist nach unserer Auffassung aber auch durch politische Entscheidungen der Vergangenheit herbeigeführt worden. Die juristischen Auseinandersetzungen um die Straßen rund um Stendorf waren unnötig. Eine Sperrung dieser öffentlichen Straßen stand für den privaten Eigner nie im Raum, wohl aber die Klärung der Haftungsfrage. Verhandlungen und Kompromisslösungen wären hier das Mittel der Wahl gewesen.

Die marode, wenig frequentierte Feldstraße von Stendorf nach Bergfeld hätte entwidmet werden können. Sie befindet sich nicht im Besitz der Gemeinde, wurde von dieser aber Anfang 2023 ohne Gewährleistung und trotz eines fehlenden frostsicheren Untergrunds für ca. 250.000 € notdürftig und unvollständig mit einer dünnen Asphaltdecke versehen – trotz anhaltender gerichtlicher Auseinandersetzung, mit noch kaum absehbaren Folgekosten. Denn mit der Verkehrssicherungspflicht für die Straßen sind auch die Oberflächenentwässerung und die Baumpflege von 100-120 teils sehr alten, landschaftsprägenden und damit besonders geschützten Bäumen in die Pflicht der Gemeinde übergegangen. Die Beseitigung von Sturmschäden sowie erste Baumgutachten und -pflege lassen bereits jetzt sehr hohe Folgekosten erwarten.

Gleichzeitig hat die Gemeinde eine drohende Entschädigungsklage durch ihr juristisches Vorgehen aktiv herbeigeführt, möglicherweise liegt diese im Millionenbereich.

Wir wähten uns nach Gesprächen im Herbst 2023 bereits auf einem guten Weg, die Streitigkeiten endlich einvernehmlich beilegen zu können. Öffentliche Äußerungen unseres Bürgermeisters zur Erweiterung des Kiesabbaus und den Protest dagegen in der Gemeindevertretung am 6.11.2023 haben aber bewirkt, dass die Gutsverwaltung Stendorf derzeit nicht mehr für außergerichtliche Verhandlungen zur Verfügung steht.

Kindergarten weiter in der Krise

Unser neuer Bürgermeister Mario Bielarz hat sehr viel Zeit und Engagement für ein Ende der Krise im Kindergarten aufgewendet. Ob die beherzt ergriffenen Maßnahmen mittelfristig greifen, muss sich aber noch zeigen. Ein zusätzlicher Schlafraum soll nach einem kleineren Umbau weitere Plätze im Krippenbereich (U3) schaffen. Die personelle Ausstattung konnte nach erheblicher Aufstockung im Stellenplan trotz hoher Fluktuation stabilisiert werden. Dennoch verzeichnet der Kindergarten weiterhin eine erhebliche Anzahl unbesetzter Betreuungsplätze.

Natürlich hinterlässt diese Situation auch erhebliche Spuren im Haushalt der Gemeinde. Ende 2023 musste wieder einmal ein Nachtragshaushalt beschlossen werden. Dessen Notwendigkeit wurde bereits im Februar 2023 im Sozialausschuss thematisiert. Noch im Juni 2023 wurde durch die damalige Bürgermeisterin schriftlich mitgeteilt, ein Nachtragshaushalt für 2023 sei nicht zu erwarten, was sich als falsch herausstellte:

Der Kindergarten schloss 2023 im Ergebnis mit einem Defizit von -236.000€ (2022: ca. -50.000€). Durch die in diesem Jahr massiv gesunkenen Gewerbesteuern konnte dies nicht aufgefangen werden. Unerklärlich ist uns dabei, wieso dieses Defizit im aktuellen Haushalt 2024 noch einmal auf -323.000€ und nach der Planung bis 2027 auf -418.000€ steigen soll. All das ist ruinös, zusätzlich wurde bereits angekündigt, dass bei einem anvisierten Trägerwechsel zum Kinderschutzbund noch mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen sei. Hier werden wir auf Begründungen und konkretere Zahlen drängen und die Verhandlungen wach begleiten.

Als kurzfristige Maßnahmen schlagen wir vor:

Natürlich hoffen wir auf wieder steigende Anmeldezahlen zum Sommer 2024, dies muss aber durch Verbesserungen im Konzept und Angebot des Kindergartens vorbereitet werden.

Gerne würden wir eine Umfrage unter den Eltern und Mitarbeiterinnen zu Wünschen und zur Zufriedenheit mit der pädagogischen Arbeit durchführen und wünschen uns dafür die Unterstützung der Fraktionen von CDU und SPD.

Wir wünschen wieder die früher selbstverständliche Anwesenheit der Kindergartenleitung bei den Sitzungen des zuständigen Sozialausschusses. Hier gilt es, miteinander zu reden und endlich gemeinsam Lösungen zu finden und umzusetzen.

Die ursprünglich nur zur Linderung der Personalnot befristet eingeplanten „helfenden Hände“ im Kindergarten ergänzen die Arbeit sinnvoll, sie gelten aber leider nicht als Fachkräfte und dürfen diese nicht ersetzen. Wir würden den Personalschlüssel stattdessen lieber mit Fachkräften aufstocken, da nur diese eine erneute Notbetreuung zukünftig verhindern können. Wenn eine solche pädagogisch qualifizierte Aufstockung genutzt würde, um die Ferienschlusszeiten zu reduzieren und die aktuell reduzierte Nachmittagsbetreuung auszuweiten, wäre dies ein verbessertes Angebot für die Kinder und berufstätige Eltern. Gleichzeitig wäre dies auch mit einer Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse verbunden.

Regionalplan III: Streit um weiteren Kiesabbau in Stendorf bis zur Schwentine

„Auskiesungen sollen in dem Bereich zwischen Sagauer See und Stendorfer See wegen des dortigen Landschaftsbildes (...) aufgrund der ökologischen Bedeutung dieses Landschaftsraumes (...) auf keinen Fall mehr vorgenommen werden.“
(aus dem Flächennutzungsplan)

Die Gemeindevertretung hat am 6.11.2023 eine Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans III abgegeben, der insbesondere die Vorbehaltsgebiete für Kiesabbau in der Gemeinde neu regelt. Alle Fraktionen waren sich nur in Teilen einig: das direkt neben Sagau angrenzende Gebiet wird einstimmig abgelehnt, der zusätzliche Schwerlastverkehr eines neben Griebel-Holzkatzen geplanten Vorbehaltsgebietes der Gemeinde Altenkrempe soll nicht durch den Wald über die Griebeler Straße und dann auf der L 57 durch die Gemeinde Kasseedorf erfolgen. Über den Hang in Stendorf bis an den Rand der Schwentine dagegen gab es keinen Konsens. Mit einigen Stimmen der CDU und allen der SPD wurde dann letztlich am 6.11.2023 die Erweiterung des Kiesabbaus auf 24 ha Fläche in ökologisch sensibler Lage am Hang der Schwentine mit denkbar knapper Mehrheit nicht abgelehnt. Zuvor hatten die CDU und teilweise auch die SPD diese Fläche für den Kiesabbau jahrelang abgelehnt: 2002 und 2005 gab es in Übereinstimmung mit dem Flächennutzungsplan entsprechende Beschlüsse, und die CDU stand bei ihrer Entscheidung zum Kiesabbau in Stendorf auch 2023 im Wort unseres ehemaligen Bürgermeisters Niels Schwarz, der schriftlich zugesagt hatte, auch zukünftig als CDU den Anwohnerschutz vor wirtschaftliche Interessen zu stellen. Die knappe anderslautende Entscheidung vom 6.11.2023 kam daher sicher für viele Anwohnerinnen und Anwohner und selbst für etliche CDU-Wähler überraschend.

Für die besonders sensible Lage des Hangs unmittelbar neben dem denkmalgeschützten und hervorragend erhaltenen Gesamtensemble von Gut Stendorf, direkt an einem geschützten Knick mit sehr altem Baumbestand (Ochsenhalsweg) und vor allem für die unmittelbar angrenzende Schwentine hätten wir uns eine andere Entscheidung gewünscht. Dort ist auch der Durchzug des scheuen Fischotters laut „Wasser-Otter-Mensch“ nachgewiesen.

Kiesabbau an dieser Stelle wird die notwendige Vernetzung des zusammenhängenden FFH-Gebietes der oberen Schwentine nachhaltig beeinträchtigen. Es liegen Hinweise vor, dass dies auch negative Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und die Wasserqualität der Schwentine haben wird. Die hohe Belastung der Verkehrsinfrastruktur in der Gemeinde wird fortgesetzt und verschärft.

Alle öffentlichen Sitzungen rund um den Kiesabbau sind in der Gemeinde viel beachtet und gut besucht worden. Auch die Eigner des Kieswerkes konnten auf der Sitzung der Gemeinde sehr breit für ihr Vorhaben werben. Kurz zuvor gründete sich aber auch eine Bürgerinitiative gegen die Erweiterung des Kiesabbaus. Diese sammelte trotz Ferienzeit in sehr wenigen Tagen Unterschriften von ca. 25 % der Wahlberechtigten. Sie alle durften mitreden, öffentlich Fragen stellen, ihre Meinung und ihr Engagement hatten unser Gehör und Respekt, auch wenn sie emotional vorgetragen wurde. Der vorbereitete Redebeitrag des Bürgermeisters am 6.11.2023 dazu ließ uns allerdings leider die vorgesehene ausgleichende Rolle des Bürgermeisters vermissen.

Wir rechnen nun mit einer kurzfristigen Antragstellung für den Kiesabbau am Hang. Mehrmals wurden dort in den letzten Jahren vorbereitende Tatsachen geschaffen: Am Ochsenhalsweg kam es zu einer Abholzung des Knicks (vermutlich um später dort auf ca. 20 m eine Zufahrt zu schaffen), außerdem wurde an der Schwentine auf ca. 700 m Länge ein Knick als Sichtschutz angelegt - laut Bericht des Ostholsteiner Anzeigers zunächst ungenehmigt. Selbst nach dem Einschreiten der Polizei wurden die Arbeiten unmittelbar fortgesetzt. Natürlich werden wir dies im Auge behalten und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf die Einhaltung rechtlicher Vorgaben sowie früherer Zusagen des Betriebes drängen: Ausgekieste Bereiche sollten im bestehenden Abbaubereich in Stendorf wie angekündigt renaturiert und der Baumbestand auf dem Kamm des Marius-Böger-Weges endlich durch die bereits 1992 (!) angekündigte Verlegung der Werksausfahrt geschont werden.

Natürlich ist uns bewusst: Kiesabbau schafft Arbeit in der Region und Kies ist ein wichtiger Rohstoff der Bauindustrie. Wir verschließen uns nicht einer Suche nach geeigneten Flächen und hätten uns nachvollziehbar und transparente Vergleichs- und Auswahlkriterien im Rahmen des tatsächlich zu erwartenden Bedarfes gewünscht.